

40 Jahre erfolgreicher Gewerkschaftsarbeit

40 Jahre aktiv bei der Mitgestaltung der sozialistischen Gesellschaft und im Kampf für den Frieden

Von Dr. Werner Lehmann, Vorsitzender des Kreisvorstandes der Gewerkschaft Wissenschaft der Karl-Marx-Universität



Die Ausgangssituation 1945 und die Geburtsurkunde des FDGB

Mit dem Befehl Nr. 1 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration, Marschall der Sowjetunion, Georgi K. Schukow vom 10. Juni 1945 wurde der werktätigen Bevölkerung in der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland das Recht zur Vereinigung in freie Gewerkschaften und Organisationen zur Wahrung der Interessen und Rechte der Werktätigen eingeräumt. Damit gab es seit dem Verbot der Deutschen Gewerkschaften durch die Nazis am 2. Mai 1933 erstmalig wieder die Möglichkeit zu legaler gewerkschaftlicher Tätigkeit auf unserem Boden.

Gestützt auf den „Aufruf der Kommunistischen Partei Deutschlands“ vom 11. Juni 1945 erschien am 15. Juni 1945 der „Aufruf des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses für Groß-Berlin“ mit der programmatischen Zielstellung für die zu schaffende einheitliche Gewerkschaftsorganisation. Der Aufruf schloß mit den Worten: „Beweisen wir der Welt, daß die geordnete Arbeiterschaft, durch die Vergangenheit belehrt, sich ihrer besten gewerkschaftlichen Tradition bewußt, bewillt ist, ein antifaschistisches Bollwerk zu schaffen; daß sie entschlossen ist, sich mit ganzer Kraft einzusetzen für die Schaffung eines demokratischen Deutschlands, für ein friedliches Zusammenleben mit anderen Völkern.“ Dieser Aufruf wurde zur Geburtsurkunde unseres FDGB.

Eine Lehre deutscher Geschichte stand im Vordergrund aller Diskussionen in den Reihen der Arbeiterbewegung – unter den Mitgliedern der KPD, der SPD und unter den Gewerkschaften – die Notwendigkeit der Herstellung ihrer Einheit. So viel war den meisten klar: nur die einheitlich handelnde Arbeiterklasse unter Führung einer einheitlichen Arbeiterpartei kann die notwendige und mögliche Wende in der Entwicklung Deutschlands gewährleisten.

Der 1. FDGB-Kongreß, der vom 9. bis 11. Februar 1946 durchgeführt wurde, und an dem sowohl Wilhelm Pieck als auch Otto Grotewohl teilnahmen, stand ganz im Zeichen des Kampfes um die Einheit der deutschen Arbeiterklasse. Hans Teuberthaler erklärte in seinem Referat: „Die Einheit ist der Fels, auf dem die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse ruht... Darum laßt uns den Gedanken der Einheit in unseren freien deutschen Gewerkschaften als kostbares Gut hegen und pflegen.“ Als wesentliche Grundsatzdokumente wurden die vorläufige Satzung des FDGB und die Entschließung „Sichert die Einheit in den Betrieben – Grundsätze und Aufgaben der Freien Deutschen Gewerkschaften“ angenommen. Zum Zeitpunkt des 1. FDGB-Kongresses zählte die Gewerkschaft bereits wieder 2,3 Mio Mitglieder.

Die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung an der Universität nach der demokratischen Wiedereröffnung

Bis zu gleicher Zeit, am 3. Februar 1946, erfolgte bekanntlich die demokratische Wiedereröffnung der Leipziger Universität.

Bereits vor der Wiedereröffnung der Universität gab es in einzelnen Instituten und Verwaltungsstellen gewerkschaftliche Aktivitäten bzw. die Aufnahme der Tätigkeit durch Betriebsräte, die sich als Interessenvertreter der Mitarbeiter verstanden (z. B. konstituierte sich ein Betriebsrat aus 4 Mitgliedern im August 1945 an der UB; im September 1945 wurde eine antifaschistische Betriebsvertretung (gleich BR) aus 3 Personen im Rektorat, einschließlich Quästor, gewählt; im Dezember 45 erfolgte eine solche Wahl in den Dienststellen der Ritzstr. 16/24).

Anfang März 1946 fand eine Betriebsraterversammlung der Universität statt, in der es vor allem um die Schaffung eines Gesamtbetriebsrates für die wiedereröffnete Universität und um die Mitgliedschaft

ähnlichen Aktivitäten im letzten Quartal 1946 an unserer Universität. Aber auch die Bildung von 8 Kommissionen bei der am 20. Oktober 1946 konstituierten Zentralen BGL (darunter z. B.: Wirtschaftspolitische Kommission, Frauen- und Jugendkommission) und die Benennung eines dem Lehrkörper angehörenden Mitgliedes der BGL für den Akademischen Senat – anstelle des bisherigen Vertreters des Betriebsrates – mit Wirkung vom 1. 1. 1949 sind Zeichen dafür.

Nennen kann man hier auch die gewerkschaftlich organisierte Diskussion zum Verfassungsentwurf des Deutschen Volksrates für eine Deutsche Demokratische Republik (z. B. am 18. 3. 1949 im Amtsgesicht), die Beteiligung des FDGB am Aufruf zum Arbeitseinsatz für den Wasserleitungsbau des Maxhütte/Untereisenborn (am 2. April fertiggestellt) und die Mailandgebung

Ein Anspruch der Betriebsräte der Universität dagegen, daß im Rektorat und im Rektorat noch immer ehemalige Mitglieder der NSDAP einflussreiche Positionen innehalteten, und die Forderung der Betriebsräte der Universitätsgüter, daß kein Arbeiter mehr außerhalb der gesellschaftlichen Entwicklung stehen soll (beides im Februar 1947), ließen progressive politische Einflüsse, die vor allem über die Gewerkschaft erfolgten, erkennen.

Die Vorbereitung und Durchführung der Betriebsratwahlen 1947 (27. Mai bis 15. Juni 1947) lagen bereits weitgehend in den Händen des FDGB. Vom neugewählten Hauptbetriebsrat der Universität ging schließlich der Vorschlag aus, eine gewerkschaftliche Leitung für die Gesamtuniversität zu bilden. Die immer engere Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft wurde für unmöglich erklärt.

Ein wesentliches Ergebnis dieser fruchtbaren Zusammenarbeit ist die erste „Betriebsvereinbarung für die Betriebe und Institute der Universität Leipzig“ (eine Art „Vorläufer“ der späteren BKV – ab 1951), die am 1. Dezember 1947 gemeinsam vom Rektor und dem Vorstand des Universitätsrates einerseits und vom 1. Vorsitzenden des Gesamtausschusses der Betriebsräte der Universität sowie dem Vorsitzenden des FDGB, IG 15, andererseits unterzeichnet wurde.

Der wachsende Einfluß der antifaschistisch-demokratischen Kräfte und die allmähliche Profilierung der Gewerkschaftsarbeit

Im Zusammenhang mit der Entwicklung des Arbeiterstudiums gewann auch die Frage der Mitgliedschaft der Studenten im FDGB an Bedeutung. So führte der FDGB z. B. am 12. November 1947 eine Versammlung zum Thema „Student, Wissenschaft und Gewerkschaft“ durch. Im Dezember 1947 fand auf der Tagesordnung des Akademischen Senats eine Stellungnahme des FDGB, in der der Vorschlag unterbreitet wurde, im Studentenrat ein Referat einzurichten, das die Beziehungen zwischen dem FDGB und dem Studentenrat pflegen sollte.

Im April 1948 schließlich fand dann die erste Versammlung der Hochschulgewerkschaftsgruppe des FDGB statt. Erstmals in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung waren Studenten, Wissenschaftler sowie Arbeiter und Angestellte gewerkschaftlich vereinigt. Zu dieser Zeit gab es etwa 1500 Gewerkschaftsmitglieder an der Universität.

So ist auch verständlich, daß die Betriebsraterversammlung im August 1948, die der Vorbereitung der Wahl der Betriebsräte wie auch der BGL diente, entschied, nicht mehr einen Gesamtbetriebsrat, sondern eine Zentrale BGL zu wählen. Die Betriebsräte der Einrichtungen sollten der BGL unterstellt werden. Mit diesen Maßnahmen ging in der Tat eine weitere Profilierung der gewerkschaftlichen Tätigkeit einher.

Das äußerte sich in der Hinwendung der Gewerkschaft zu Fragen der Wirtschaftsplanung, der Förderung der Aktivistenbewegung, der Entwicklung eines Wettbewerbes zwischen verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen, der Organisation von Entrümpelungsaktionen, durch die Gewerkschaften und

politik ist seither nicht nur im allgemeinen Sprachgebrauch, sondern auch in der tagtäglichen Gewerkschaftsarbeit und zur Charakterisierung der Politik von Partei und Regierung nicht mehr wegzudenken.

Für jedes Gewerkschaftsmitglied ist heute die marxistisch-leninistische Auffassung von der politischen Organisation der sozialistischen Gesellschaft und die dazugehörige Praxis in unserer Republik begriffbar. Die Rolle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands als der orientierenden, der politisch führenden Kraft des Staates als des Hauptinstrumentes bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und der Gewerkschaften als der umfassendsten Massenorganisation der Arbeiterklasse, der Angestellten und der Intelligenz auf der Grundlage freiwilligen Zusammenschlusses sind die wesentlichen anerkannten und bewährten Elemente unseres politischen Systems.



Gewerkschaftsdelegiertenkonferenz Groß-Berlin im Februar 1946, rechts: Hans Jendretski. Fotos: Zentralbild

der Universität am 30. 4. 1949 im „Capitol“.

Protokolle vom Mai 1948 weisen aus, daß solche namhafte Kommunisten und Wissenschaftler wie Prof. Dr. Hermann Bedeisslawski und Prof. Dr. Hermann Ley sich zur Mitarbeit in der ZBGL bereit erklärten. Gen. Bedeisslawski wurde der Vertreter der BGL im Akademischen Senat. In Protokollen wird besonders vermerkt: Weitere Wissenschaftler wurden Mitglied des FDGB.

Die Gründung der DDR und die grundlegenden Beschlüsse des 3. FDGB-Kongresses

Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik begann für den FDGB ein neuer Abschnitt seiner Geschichte. Unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei entstand ein Staat der Arbeiter und Bauern, den auch die Gewerkschaften als ihren Staat betrachten und mitgestalten könnten. Am 7. Oktober 1949 erklärte der Vorsitzende des FDGB, Herbert Warnke, vor den Mitgliedern des Deutschen Volksrates in Berlin: „Im Namen des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes gehe ich in dieser historischen Sitzung... die volle Zustimmung von über fünf Millionen Gewerkschaftlern zur Umwandlung des Volksrates in eine provisorische Volkskammer und zur Bildung der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik.“ Die von der Provisorischen Volkskammer in Kraft gesetzte Verfassung anerkannte und sicherte die Rechte der Gewerkschaften. Dafür hatten Generationen gekämpft. Ganz im Sinne Lenins wurden die Gewerkschaften „die wichtigsten Bausteine der neuen Gesellschaft, denn Schöpfer dieser Gesellschaft können nur die Millionenmassen sein“.

Unter Führung der SED mußten die Gewerkschaften lernen, Staat und Wirtschaft zu leiten und „das wichtigste und grundlegendste Interesse des Proletariats in der Vergrößerung der Produktmenge und der gewaltigen Steigerung der Produktivkräfte der Gesellschaft“ zu sehen. (vgl. Lenin, Werke Bd. 33, S. 174)

Eines der wesentlichen Ergebnisse der Gewerkschaftswahlen in Vorbe-

dem Kombinat Böhlen abschied. So etwas hatte es bisher nicht gegeben!

Der III. Parteitag der SED (20. bis 24. 7. 1950) und der 3. FDGB-Kongreß (30. 8. bis 3. 9. 1950) machten u. a. auch die erreichten Fortschritte in den Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften deutlich.

Der Parteitag forderte von den Parteiorganisationen und von allen Genossen, den Gewerkschaften zu helfen, sich als Schulen der Demokratie und des Sozialismus zu entwickeln; „... alle Mitglieder der Gewerkschaften und die ganze Arbeiterschaft“ sollten „von der großen übertragenden und führenden Rolle der Partei“ überzeugt werden.

Der FDGB-Kongreß erlangte dadurch besondere Bedeutung, daß zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ein Gewerkschaftskongreß ein eindeutiges Bekenntnis – zur führenden Rolle der Arbeiterpartei – zum Marxismus-Leninismus, – zur Freundschaft mit der Sowjetunion und zu den Prinzipien des proletarischen Internationalismus abgab. Der FDGB hatte sich nunmehr als aktiver Faktor beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft und in der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu bewähren.

Die Gewerkschaften heute – aktive Mitgestalter der entwickelten sozialistischen Gesellschaft

Der 40. Jahrestag der Gründung unseres FDGB kann und soll nicht nur Reminiszenz an die ersten Jahre des Neubeginns sein, sondern er ist uns auch Anlaß, das inzwischen Erreichte in gebührender Gedrängtheit zu würdigen. Aus den 4,7 Mio Mitgliedern des FDGB im Jahre 1950 (3. FDGB-Kongreß) sind über 9,3 Millionen zum 10. FDGB-Kongreß (1983) geworden. Heute gilt es als selbstverständlich, wenn wir sagen, daß die rasche Entwicklung der Produktivkräfte und die Stärkung der Wirtschaftskraft ein Hauptfeld gewerkschaftlicher Interessenvertretung sind. Und die vom VIII. Parteitag der SED (1971) beschlossene Hauptaufgabe in ihrer Einheit von Wirtschafts- und Sozial-

Gewerkschaftsgruppen, die dazu führten, ihr den Status einer Kreisorganisation der Gewerkschaft Wissenschaft zuzuerkennen. Damit begann am 15. Dezember 1984 ein neuer Abschnitt in der Gewerkschaftsgeschichte an unserer ehrwürdigen und gleichzeitig so jungen, dem Wohle des Volkes und dem Frieden verschriebenen Hohen Schule.

Von den Anfängen des sozialistischen Wettbewerbes zu Beginn der 60er Jahre über die Initiative der Vertrauensleuteversammlung der KMU zur Führung des Wettbewerbes im Hochschulwesen der DDR im Karl-Marx-Jahr 1983 bis zum Wettbewerbsbeschluss unserer Kreisdelegiertenkonferenz zu Ehren des XI. Parteitages der SED führte ein langer und schwieriger, aber auch erfolgreicher Weg. Die jährlichen Plandiskussionen, die Bewegung „Sozialistisch arbeiten, lernen und leben!“ der 500 Kollektive der sozialistischen Arbeit, die Heranbildung und Entwicklung von über 200 Schulen der sozialistischen Arbeit – sie lassen das Erreichte ebenso sichtbar werden wie die inhaltliche Ausgestaltung des jährlich zu beratenden, zu beschließenden und zu realisierenden BKV.

Die Betreuung von jährlich über 800 Kindern von Betriebsangehörigen im In- und Ausland während der Schullerertage kann hier ebenso genannt werden wie die Bereitstellung von jährlich über 6000 Betten in betriebseigenen Heimen, vom FDGB und bei Freunden im sozialistischen Ausland, für Urlaub und Erholung unserer Mitglieder und ihrer Familien. Mit großer Freude konnten wir im Mai dieses Jahres das neugestaltete Ferienobjekt in Graal-Müritz mit höchstem Niveau in die ganzjährige Nutzung übernehmen.

Drei Aufgabenkomplexe bestimmen den Inhalt unserer gewerkschaftlichen Arbeit auch künftig in ihrer untrennbaren Einheit:

Der FDGB und seine Gewerkschaft Wissenschaft

Das ist die politisch-ideologische Arbeit als Herzstück unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit. Denn Klassenbewußtsein und fester Klassenstandpunkt sind die sichere Grundlage für die Bestimmung unserer Positionen in den Kämpfen unserer Zeit.

Das ist zweitens die zielgerichtete Entwicklung der Masseninitiative unserer Mitglieder als dem unerschöpflichen Quell für die erforderliche Leistungsteigerung bei der weiteren erfolgreichen Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und in der Systemauseinandersetzung.

Und schließlich – aber nicht zuletzt – gilt es ständig, die Arbeits- und Lebensbedingungen unserer Mitglieder zu sichern und schrittweise zu verbessern. Die Vorbereitungen und die vielfältigen Veranstaltungen zum 40. Jahrestag des Sieges über den Hitlerfaschismus und der Befreiung von der faschistischen Terrorherrschaft waren Höhepunkt in der politischen Massenarbeit. Das äußerte sich auch überzeugend in den erreichten Wettbewerbsergebnissen, die wir anlässlich des 8. Mai abrechneten und auch würdigen konnten.

Unter Führung der Kreisparteiorganisation und mit dem Blick auf den XI. Parteitag der SED haben wir ringen um die Erfüllung der übernommenen Wettbewerbsverpflichtungen, um damit die Voraussetzungen für die Lösung künftiger Aufgaben zu schaffen.

Wir Funktionäre und Mitglieder der Gewerkschaftsorganisation der KMU sind stolz auf den Beitrag, den der FDGB für die Entwicklung und Erstarben der sozialistischen DDR geleistet hat. Wir danken der Partei für die kluge, den Lebensinteressen des werktätigen Volkes dienende Politik. Wir danken dem sozialistischen Staat als der organisierten Macht der Arbeiter und aller Werktätigen, der uns stets aufmerksamer Partner war.

So wie in den vergangenen 40 Jahren werden die Gewerkschaften auch weiterhin aktive Mitgestalter der sozialistischen Gesellschaft und unbeirrbar Kämpfer für den Frieden sein.

„Hohe Leistungen zum Wohle des Volkes und für den Frieden – Vorwärts zum XI. Parteitag der SED!“